

Roth und Esken irrlichtern fernab der Realität

„Die Aussagen von Claudia Roth und Saskia Esken zeigen, wie weit entfernt die beiden Politikerinnen vom wahren Leben entfernt zu sein scheinen“, sagt der Vorsitzende dbb Hessen, Heini Schmitt als Reaktion auf die Aussagen der beiden Spitzenpolitikerinnen.

Die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth hatte von „rassistische Strukturen“ und die SPD-Vorsitzende von „latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte“ gesprochen – ohne jedoch konkrete Beispiele zu nennen.

„Wir sind empört, welche Haltung eine Bundestagsvizepräsidentin und eine Co-Bundes-SPD-Vorsitzende zu unseren Sicherheitsbehörden und zu unseren Staatsanwaltschaften haben, diese mit solchen kryptischen und nicht-nachvollziehbaren Äußerungen unter einen Generalverdacht zu stellen und in der Öffentlichkeit anzuprangern“, sagt Schmitt.

„Da kommt ein tiefgründiges Misstrauen gegen vorbildlich demokratiefeste staatliche Institutionen zum Ausdruck, welches für die betroffenen Beschäftigten wie ein heftiger Schlag ins Gesicht wirken muss.“

Das sind übrigens genau die Menschen, die sich tagtäglich auch um die persönliche Sicherheit bspw. von Claudia Roth und Saskia Esken kümmern und ihnen ihre politische Arbeit letztlich dadurch auch ermöglichen „Diese werden nun pauschal auf diese Weise öffentlich diffamiert.“

Wie sehr muss man eigentlich mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft fremdeln, wie sehr muss man sich eigentlich vom wirklichen Leben in unserem Alltag entfernt haben, um in der Lage zu sein, so zu denken?

Es mag zu Situationen kommen, in denen der Staat Menschen allein aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft schlechter behandelt als andere. Dafür gibt es auch Beispiele – auf Ämtern oder bei Kontrollen durch die Polizei. Doch bilden diese sicherlich eine kleine Minderheit ab. Dies rechtfertigt aber nicht, dafür den gesamten Apparat an den Pranger zu stellen.

„Wir können nur den Kopf schütteln und hoffen, dass Roth und Esken keine repräsentative Sichtweise ihrer Parteien wiedergegeben haben. Um dies klarzustellen, ist eine eindeutige Distanzierung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert“, fordert Heini Schmitt.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt